# E-04 (vormals V-56) Perspektive statt Populismus: Mit sozialem Europa Zusammenhalt stärken

| | |
|---|---|
| Gremium: | BAG Europa |
| Beschlussdatum: | 29.09.2016 |
| Tagesordnungspunkt: | E Zukunft Europa |

Die Europäische Union ist eine historische Errungenschaft, ein Friedensprojekt, begleitet von großen Hoffnungen und Erwartungen. Dazu gehören für uns soziale Gerechtigkeit genauso wie Freiheit, Frieden und Gleichheit. Die europäische Integration lebt davon, dass die Menschen, Regionen und Staaten solidarisch zusammenhalten. Mit der Lissabon-Strategie und später der Europa-2020-Strategie wurde der sozialen Dimension der Europäischen Union erstmals mit einem quantitativen Ziel Rechnung getragen. Doch leider bewegt sich die EU noch immer viel zu langsam in Richtung einer sozialeren Union.

Um soziale Ungerechtigkeit in den Mitgliedstaaten und Europa zu überwinden und einen Unterbietungswettbewerb der Mitgliedstaaten bei Löhnen, Steuern und Standards zu vermeiden, wollen wir die EU in ihrer sozialen Dimension weiterentwickeln. Entscheidende sozialpolitische Kompetenzen wie Lohnpolitik, Steuer- oder Sozialpolitik, liegen bisher fest in nationaler Hand und halten deshalb oft nicht mit der Harmonisierung des Binnenmarktes mit. Dies birgt das Risiko eines "race-to-the-bottom" sozialer Standards in Europa. Unternehmen und Konzerne können die unterschiedlichen Regelungen für ihren Vorteil ausnutzen, ohne auf die sozialen Folgen ihrer Handlungen Rücksicht nehmen zu müssen. Bestehende europäische Erfolge im sozialen Bereich kommen andererseits leider häufig noch nicht als solche bei den Menschen an.

Mit Mut zur Veränderung wollen wir europäische Politiken gegen soziale Schieflagen diskutieren, bestehende Instrumente verbessern und neue Maßnahmen entwickeln. Wir sind davon überzeugt, dass die Perspektive einer europäischen Sozialpolitik die grüne Antwort auf chauvinistischen Populismus sein kann und muss. Dazu wollen wir

1. Bestehendes verbessern…

… und fordern, dass die Organe der EU eine stärkere Rolle beim Abbau struktureller Arbeitslosigkeit, Armut und Ausbeutung von mobilen Arbeitnehmer*innen übernehmen können und den Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedstaaten fördern.

Ausbeutung wollen wir verhindern, indem wirim Rahmen der Entsenderichtlinie die Durchsetzung des Arbeitsort-Prinzips mit „gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ auf Grundlage tariflicher Regelungen durchsetzen und durch mehr Kontrollen eine sofortige vollständige arbeitsrechtliche Gleichstellung Entsandter erreichen.

Auch im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit kann die EU einen wichtigen Beitrag leisten. Wir fordern umfangreiche finanzielle Hilfen in Form öffentlicher Programme der EU-Mitgliedstaaten, unbürokratische Auszahlwege, die Förderung und Mobilisierung von Jugendlichen zum Beispiel durch Fremdsprachenförderung, einen Abbau von rechtlichen Hürden für den Arbeitsmarkteinstieg und engere Kooperation mit Jugendorganisationen. Auch die berufliche Ausbildung muss beginnend bei der Vergabe von Praktika innerhalb eines Qualitätsrahmens verbessert werden, der in allen EU-Mitgliedstaaten vergleichbar sein muss.

Außerdemfordern wir einen auch durch Eigenmittel gestärkten EU-Haushalt, um das Wohlstandsgefälle zwischen Mitgliedsstaaten weiter zu verringern, europäisch gesteckte Ziele zu erreichen und zur makroökonomischen Stabilität beizutragen sowie eine Neuordnung der

Ausgabenstruktur des EU-Haushalts. Auch die europäischen Strukturfonds müssen sich endlich an den gemeinsamen nachhaltigen Entwicklungszielen der Union orientieren.

2. Neues schaffen…

…und wollen erreichen, dasssoziale Schutz- und Arbeitnehmer*innenrechte im EU-Recht den gleichen Stellenwert erhalten wie die Grundfreiheiten des Binnenmarkts. Dazu wollen wir dem Vertrag von Lissabon eine Fortschrittsklausel mittels Protokoll an die Seite stellen und machen uns dafür stark, dass Europas soziale Dimension auch durch Vertragsänderungen gestärkt wird.

Wir wollen die Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen in der EU fair ausgestalten und dafür Willkommenszentren für EU-Bürger*innen in größeren Städten schaffen. Damit niemand durch das Raster europäischer Sozialsysteme fällt, setzen wir uns dafür ein, dass nach einem Aufenthalt von drei Monaten auch arbeitsuchende Unionsbürger*innen Grundsicherung beantragen können, wenn sie zuvor eine Verbindung zum hiesigen Arbeitsmarkt aufgebaut haben.

Zudem fordern wir europäisch definierte Mindeststandards für die Gesundheitsversorgung in allen Mitgliedsstaaten mit dem Ziel, dass alle Menschen in Europa unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft, ihrem sozialen Status und ihrem Einkommen Zugang zu einer medizinisch guten Gesundheitsversorgung haben.

3. Weiter denken…

…indem wir im Wissen und unter Anerkennung der Vielfalt europäischer Wohlfahrtssysteme in einen breiten Dialog mit unseren europäischen Partnern über eine künftige gemeinsame Sozialpolitik treten wollen. Dabei setzen wir uns für eine europäische Basis-Arbeitslosenversicherung ein, bei der Arbeitslose einen europäischen Anspruch auf eine bestimmte Höhe des letzten Bruttogehalts für eine noch festzulegende Dauer zusätzlich zu nationalen Ansprüchen erhalten.

Wir fordern europäisch definierte Mindeststandards für die Grundsicherung in Form einer Mindesteinkommensrichtlinie, die festschreibt, dass allen Menschen in EU-Mitgliedstaaten ein Existenzminimum in angemessener Höhe zusteht – abhängig vom nationalen oder regionalen Einkommen. Zudem können wir uns ein europäisches Basis-Kindergeld vorstellen, das an alle Kinder von Unionsbürger*innen in gleicher Höhe ausgezahlt wird und durch nationale Sicherungssysteme ergänzt wird, die sich an den nationalen Bedarfen orientieren. Mittelfristig können wir uns vorstellen, dass ein Grundeinkommen direkt aus einem europäischen Topf gezahlt und durch nationale Grundsicherung ergänzt wird, die sich an die Lebenshaltungskosten im jeweiligen Mitgliedstaat orientiert.